

Ührung
tag
September
8³⁰
TOL
19001
im der Deftau

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsdienst am 31. unter Posten 210100

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verlagsgesellschaft monatlich drei D.M. (Halbmonatlich 1 D.M.) durch die Post bezogen monatlich 2 D.M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Reichsstraße 10 / Expedition: Dresdener-Alt. / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Diensten) / Donnerstag

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gezeichnete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 M.R. für Familienanzeigen 0,20 M.R. für die Restzeile anschließend an dem dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 M.R. Linien-Anzeige wochentags die 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Sprechstunden: Dresden-Alt. Sprechstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Diensten) / Donnerstag

3. Jahrgang Montag, den 26. September 1927 Nummer 225

Wahlerfolg der KPD in Hamburg-Alttona

Der ostfächsische SPD-Bezirksvorstand droht den Russlanddelegierten mit Ausschluß / Flügelbruch als Ursache des Flugzeug-Unglücks

50 Prozent Zunahme der kommunistischen Stimmen

Berlin, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Stadtverordnetenwahlen in Alttona und den eingemeindeten Ortsteilen, die gestern stattfanden, brachten der kommunistischen Partei einen neuntenwertigen Zuwachs. Die Sozialdemokratische Partei hat ebenfalls zugenommen. In Alttona nahm die KPD gegenüber den Parlamentswahlen um 50 Prozent zu und gegenüber den Gemeindevahlen 1924 um 12 Prozent. In Alttona hat die KPD gegenüber den Präfekturwahlen um 30 Prozent zugenommen, gegenüber den Wahlen im Mai 1924 jedoch abgenommen. Die SPD erreichte nicht ganz ihre Stimmenzahl vom Mai 1924. In Wandsbek stieg die Stimmenzahl der KPD gegenüber der Präfekturwahl um 40 Prozent, die SPD nahm ebenfalls zu. Ein abschließendes Resultat liegt noch nicht vor. In Alttona, wo die Wahlbeteiligung über 70 Prozent betrug, wurden bisher gewählt: 10 Kommunisten, 23 Sozialdemokraten, 9 Gemeindefreie, 1 Deutsche Volkspartei, 5 Deutschnationale, 4 Demokraten und je 1 Zentrum, Sparrer, Nationalsozialisten und Wirtschaftsober. Die Liste der Urwahngruppe erhielt 356 Stimmen und kein Mandat. In Hamburg betrug die Wahlbeteiligung 80 Prozent. Es wurden gewählt: 9 Kommunisten, 23 Sozialdemokraten, 7 Einheitsliste, je 3 Handwerker und 3 Hausbesitzer, 2 Demokraten und je 1 Zentrum und Mieter. In Wandsbek wurden gewählt: 12 Sozialdemokraten, 6 Kommunisten und 8 Bürgerliche. In allen Städten, wie Hamburg, Alttona und auch Wandsbek, überwiegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen die der Bürgerlichen.

an sich heranzuleben. Die Massen, die die Bürgerlichspolitiker ablehnen, leben noch nicht, daß die SPD die eigentliche Führerin und Stütze dieser Politik ist. Hier, bei der SPD, liegt aber die größte Gefahr für die Entwicklung der proletarischen Freiheitsbewegung in Deutschland. Die Auffassung über die Stellung der SPD in der allgemeinen Politik, über ihre unterstützende Rolle für den Bürgerblock, ihr Streben zur Gemeinschaft mit Hindenburg und den Hindenburgianern muß härter noch als bisher durchgeführt werden. Ohne Zweifel haben wir es bisher nirgends daran fehlen lassen, im allgemeinen Rahmen die Politik der SPD zu erläutern. Mehr aber noch als bisher muß in den politischen Kreisen des täglichen Kampfes durch unsere eigene Politik die im Grunde arbeitervindliche Haltung der SPD gekennzeichnet werden. Der Erfolg der Wahlen wird uns ein Anstoß zu entschiedener Tatkraft und angestrengter Arbeit sein. Neben dem Erfolg Alttonas hinaus gilt es die Massen im weiteren Maße zu gewinnen. Noch ist für uns bei diesen Wahlen das Ergebnis vom Mai 1924 nicht erreicht. Damals fanden die Massen unter dem starken Einfluß der vorhergegangenen Inflationsperiode. Das die Wahlteilnahme langsam eingeholt wird, zeigt am deutlichsten der Klärungs- und Radikaliserungsprozess, in dem sich die Massen befinden. Viele, die 1924 gewaltsam zu uns strömten, die dann eine Zeitlang abwichen, kehren sich heute bewußt auf unsere Seite. Das Bewußtsein zu stärken, die Massen weiter von den Wandern der SPD-Aktoren zu lösen, ist unsere nächste Aufgabe. Die Wahlen von Alttona können ein günstiges Beispiel für die Reichstagswahlen von 1928 sein. In uns liegt es, den Massen die Aufgaben der kommenden Kämpfe zu zeigen.

Justiz und kommunistische Presse

Von Hugo Eberlein.

Tausende von Arbeitern werden in diesem Jahre in Deutschland von der Justiz in der sogenannten demokratischen Republik in Gefängnisse und Zuchthäuser gesperrt. Nicht, weil sie gemordet und geraubt, nicht, weil sie geschlagen und gewürgelt haben, sondern ausschließlich, weil sie im proletarischen Kampf für die Freiheit des Proletariats, im Kampf gegen die Bourgeoisie ihren Mann gestanden haben. Während in den Jahren nach 1918 die revolutionären Arbeiter einfach niedergelassen und niedergewürgelt wurden — eine Methode der Beseitigung revolutionärer Arbeiter, die heute im Interesse der Bourgeoisie nicht mehr am Platze ist —, wird dieses grausame Handwerk der Verurteilung heute auf legalen Wege, sozulegen auf dem „Rechtsweg“ von der deutschen Justiz fortgesetzt.

Es gehört zu den heiligsten Pflichten des Proletariats, mit aller Rücksichtslosigkeit und aller Energie den Kampf gegen diese Justiz zu führen. Das ist aber nur möglich, wenn diese Justizschmach an jedem einzelnen Fall immer von neuem aufgedeckt wird, wenn über die deutsche Schandjustiz die dreiste Öffentlichkeit der Arbeiterklasse unterrichtet wird. In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse wird ein breiter Raum für die Besprechung der Gerichtsurteile eingeräumt. Seltenlang kann die bürgerliche Presse berichten, wenn irgendeiner ein altes Weib verführt oder wenn in den vornehmen Kreisen der Bourgeoisie in nächstem Tatendrang die Männer die Weiber und die Weiber die Männer verwechseln und es im Anschluß daran zur gerichtlichen Austragung kommt. Seitens lange Berichte mit allen pikanten Einzelheiten kann dann die bürgerliche Presse veröffentlichen, aber die Schandurteile gegen revolutionäre Arbeiter werden totgeschwiegen. Raum ein Satz wird darüber veröffentlicht. Die sozialdemokratische Presse kann spaltenlang berichten, wenn irgendein gefinnungstreuer Faschist die Reichsflagge zu heimtückischen Zwecken benützt und dafür zu 3 Mark Geldstrafe verurteilt wird. Oder wenn einer den jeweiligen Reichspräsidenten schief angeguckt hat und dafür 5 Mark Geldstrafe zahlen muß. Ueber die unerhörten Prozesse gegen die revolutionären Arbeiter, über die hunderte Jahre Zuchthaus, die gegen diese verhängt worden sind, berichtet die sozialdemokratische Presse nur dann, wenn irgendein niederträchtiger Spieß als „Zeuge“ die schamlosesten Verleumdungen gegen die kommunistische Partei unter dem beifälligen Grinsen eines Staatsanwalts vorträgt.

Bei dieser Lage ist um so notwendiger, daß die kommunistische Presse das schandbare Gewerbe der deutschen Justiz bloßlegt und so ausführlich wie nur möglich über die Verhandlungen dieser Gerichte berichtet. Dadurch werden nicht nur die breitesten Massen informiert, dadurch werden auch den Arbeitern die Mittel geliefert, die zum Kampf gegen diese Schandjustiz notwendig sind. Wenn diese Berichterstattung in der kommunistischen Presse heute noch nicht so ausführlich ist, wie sie notwendig wäre, so liegt das daran, daß die Zeitungen noch nicht den nötigen Umfang haben. Aber das ist mit einer Finanzfrage, denn zur Herausgabe von Zeitungen gehört Geld, und die kommunistische Presse erhält solches weder vom Reichswehrministerium noch aus anderen dunklen Quellen des Staates. Das Geld für die kommunistische Presse müssen die Arbeiter selbst aufbringen. Je mehr Abonnenten unsere Zeitungen haben, um so besser und um so umfangreicher können unsere Zeitungen ausgestaltet werden, um so ausgiebiger können sie den Kampf auch gegen die Justiz führen.

Und deshalb ist es notwendig, daß du, der du heute schon unser Leser bist, dafür sorgst, daß immer neue Leser und neue Abonnenten für unsere Zeitung gewonnen werden. Beeile dich, sieh dich noch heute in deinem Kollegenkreis, in deinem Freundeskreis, im Kreise deiner Mitbewohner um, und gehe morgen zu ihnen und wirb Abonnenten für unsere Zeitung. Die Werbearbeit für unsere Zeitung ist eine politische Arbeit, die jeder revolutionäre Arbeiter leisten muß!

Die Wahlen in Binneberg

Binneberg, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kreisparlamentwahlen im Kreise Binneberg ergaben folgendes Resultat: Kommunisten 2 Sitze, SPD 10 Sitze, Liste Vaterland 10 Sitze, Liste Eigenheim 4 Sitze, Liste der Beamten 2 Sitze, Liste der Demokraten 1 Sitze. Gegenüber der vorhergehenden Wahl ist das Stimmverhältnis annähernd gleich geblieben.

Ausschluß der Dresdner sozialdemokratischen Studenten wegen Teilnahme an einer Russlandreise.

Dresden, den 26. September 1927.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der ostfächsische Bezirksvorstand der SPD in einer Sitzung ein i. m. H. beschlossenes, sämtliche Teilnehmer an Russlandexpeditionen vom Eintritt der Reise aus der SPD auszuschließen. Infolge dieses Beschlusses wurde der Fall derjenigen sozialdemokratischen Studenten und Arbeiter behandelt, die an der Studienreise des sozialistischen Studentenbundes Dresden nach der Sowjetunion teilgenommen. Es kommen dabei eine Anzahl gutgeschulter Funktionäre in Betracht, u. a. das bisherige Bezirksvorstandsmitglied Gen. G. G. G. G. hatte, um persönliche Schwierigkeiten zu vermeiden, keine Funktion fürs vorher niedergelegt. Da es sich bei diesen SPD-Genossen nach Annahme des Bez.-Vorstandes nicht um Schlichte vom Schloße eines Koch, Wiesbach, handelt, sondern um die Studien dieser Russlandfahrer. Wenn man bedenkt, daß die Fahrt eine der ansehnlichsten Studienfahrten des ostfäch. Auslands ist und daß sie seit Monaten vorbereitet wurde und die Mitglieder des SPD-Bezirksvorstandes sehr wohl darüber informiert waren, erkennt man in dieser Maßnahme die Macht vor der Entlassung der Russlandfahrer. Daß die Liste vom Schloße eines Sandor und eines Edel nicht wegen dieser Mitglieder, wie Genz, Unfähigkeit, belästigende Reden, sich zu beurteilen, vorzuwerfen, ist jedem klar, der die Länge kennt. Interessant ist weiterhin, daß sich auch die Leiter des Landtagsabgeordneten Arzt um die Teilnahme an dieser Studienreise beworben hat, und zwar vor Monaten. Vor einigen Wochen wurde vom Präsidium des SPD jedoch das Verbot abgelehnt, da Art. Art als einziger Grund zur Teilnahme anzog, daß „Russland schon immer das Land ihrer Schicksale ist“. Da diese Fahrt jedoch keine Vergnügungsfahrt darstellt, sondern der gründlichen und ernsten Prüfung der bis herin Vorarbeiten des Aufbaues der Sowjetunion dienen soll, waren alle diejenigen ausgeschlossen, bei denen nicht der nötige Ernst und die Fähigkeit objektiv-kritisch an die Prüfung zu gehen, vermutet werden konnte. Jetzt erst, wenige Tage vor der endgültigen Entscheidung, beschließt nunmehr der Bezirksvorstand den Ausschluß der diese Woche noch erfolgen müßte, da die Reise Anfang Oktober angetreten werden soll. Diese politische Er-

pressermethode der Parteien des Parteivorstandes kennzeichnet die ganze Art ihres Kampfes gegen die Sowjetunion. Während groß. Propaganda für die verlogene Propaganda des Koch, Wiesbach, durchgeführt wird, wirft man nach Wahrheit und Erkenntnis suchende Funktionäre aus der Partei, um dem Parteivorstand in Berlin zu zeigen, daß die „linken“ Führer zuverlässige Kreaturen der Weiss und Hermann Müller waren und sind. Nun aber müssen sich die sozialdemokratischen Klassenbewußten Arbeiter härter als vorher für die Vorbereitung der Expedition einsehen. Jetzt erst recht zeigt sich die Unterjochung einsehen. Jetzt erst recht zeigt sich die Unterjochung!

Das Flugzeugunglück von Gschleiz

Die Vergung der Toten von dem Schleier Flugzeugunglück erfolgte in den Abendstunden. Die Toten waren sämtlich bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Die Feststellung erfolgte nach Papiere aus dem Reich der Toten. Vollständig zerstört war auch das Gepäc der Toten. Der Zustand der Leichen ist so schrecklich, daß den Angehörigen eine Beerdigung nicht gestattet wird. Die Sachverständigen nehmen als Ursache des Unglücks an, daß abgelenkte Stöße vom Propeller die Tragflächen beschädigt hatten.

Wir halten diese Annahme für sehr unwahrscheinlich. Man scheint auch in den Kreisen der Sachverständigen nicht recht daran zu glauben. Es soll nun eine Untersuchung angestellt werden, ob ein Maschinendefekt vorgelegen hat. Die Firma, Doornikwerke, verliert natürlich ihr Ansehen zu retten. Sie erklärt, wenn die Maschine beschädigt gewesen, könne es sich nur um einen Vorbereitungsfehler beim Start handeln. Nicht um einen Konstruktionsfehler des Flugzeuges. Das heißt mit anderen Worten, der Konstrukteur sei schuld, das ist der bequemste Ausweg, den man haben kann. Jedenfalls muß eine strenge Untersuchung der Ursachen des Unglücks durchgeführt werden. Wir protestieren aber dagegen, daß man die Schuld auf die Arbeiter des Startplatzes abwälzen will.